

Genossenschaften brauchen Mut zu neuen Wegen - Veredlungssektor muss sich anpassen

An die Veränderungsbereitschaft der Verantwortlichen in den genossenschaftlichen Unternehmen hat der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Franz-Josef Holzenkamp, appelliert. Beim DRV-Forum „Tierische Veredlung“ forderte er „Mut, eigene Wege zu gehen“. Die Genossenschaften stünden vor der Aufgabe, neue gesellschaftliche Trends frühzeitig zu erkennen und daraus Marktchancen zu entwickeln. Dr. Ludwig Diekmann von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen rief dazu auf, wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage für gesetzliche Änderungen heranzuziehen. Das Umweltbundesamt (UBA) hält „umfassende und unbequeme Änderungen“ in der Tierhaltung für unumgänglich. Länderberichte 9 und 10

Glyphosat wird für fünf Jahre zugelassen - Schmidt politisch unter Beschuss

Die Zulassung für den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat wird um fünf Jahre verlängert. Die EU-Mitgliedstaaten haben den Entwurf der EU-Kommission im Berufungsausschuss des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (SCoPAFF) mit absoluter Mehrheit gebilligt. Den Ausschlag gab das Stimmenthalten der Bundesrepublik. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt musste scharfe Kritik hinnehmen, weil er ohne Einverständnis des Bundesumweltministeriums für die Zulassung votierte. Die SPD sprach von Vertrauensbruch. Die Bundeskanzlerin rügte den Minister wegen Verstoßes gegen die Geschäftsordnung. EU-Nachrichten 1 sowie Länderberichte 1 und 23

Fleischeinfuhren der EU werden 2017 sinken - Deutlich weniger Ware aus Brasilien

Die EU-Importeure haben in den ersten drei Quartalen 2017 insgesamt rund 996 000 t Fleisch einschließlich Nebenerzeugnissen und lebender Tiere aus Drittländern bezogen; das waren fast 140 000 t oder 12,3 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei den Fleischarten Rind, Geflügel sowie Schaf und Ziege waren teilweise deutliche Importrückgänge festzustellen. So wurde im Betrachtungszeitraum 11,8 % weniger Geflügel- und 12,1 % weniger Rindfleisch eingeführt. Ein Grund dafür waren die um ein Fünftel reduzierten Liefermengen aus Brasilien. Der dortige Fleischskandal und festgestellte Hygieneprobleme dürften dabei eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Markt+Meinung 1

Mehr Spielräume für EU-Länder bei neuer GAP

Die Mitgliedstaaten sollen in Zukunft bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) deutlich mehr Spielräume erhalten. Dafür spricht sich die EU-Kommission in ihrer Mitteilung „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ aus. Konkret plant die EU-Behörde im Hinblick auf die GAP nach 2020, bei den Umweltzielen nur noch die Rahmenbedingungen festzulegen, die die Mitgliedsländer dann durch nationale Aktionspläne mit eigenen Maßnahmen erfüllen müssen. Das Greening in seiner jetzigen Form will EU-Agrarkommissar Phil Hogan abschaffen. Jedoch ist eine Ausweitung der Umweltziele angedacht. Des Weiteren sollen die Direktzahlungen für größere Betriebe durch Kappung begrenzt werden. Allerdings soll hierbei die Beschäftigung berücksichtigt werden. Kleinere und mittlere Betriebe sollen eine stärkere Unterstützung erfahren. Während Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt von „wertvollen Impulsen“ sprach, äußerte Frankreichs Agrarminister Stéphane Travert die Befürchtung einer zunehmenden Renationalisierung der EU-Agrarpolitik. Kappungsbestrebungen bei den Direktzahlungen erteilte der dänische Landwirtschaftsminister Esben Lunde Larsen indes eine klare Absage. Kritisch dazu äußerte sich auch der Präsident des EU-Ausschusses der Bauernverbände (COPA), Joachim Rukwied. Derweil kamen aus der deutschen Politik überwiegend positive Rückmeldungen. Gewarnt wird jedoch auch hier vor einer Renationalisierung der GAP sowie vor einer Benachteiligung speziell der ostdeutschen Landwirtschaft. Die Umweltverbände zeigten sich enttäuscht. EU-Nachrichten 6 und Länderberichte 25